

BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE APRIL 2021

Verkehrswende: Ja ICE-Trasse: Nein

SPD-Abgeordneter Jürgen Berghahn befürwortet den Ausbau des Schienenverkehrs: „Statt milliardenteure ICE-Strecke aber lieber Begatalbahn reaktivieren.“ – Mehr auf Seite 3



SPD pflegt Streuobstwiese

Neben der Politik machen SPD-Mitglieder auch praktische Arbeit. – Mehr auf Seite 2

Perspektive Schlangen

Kann Schlangen seiner klimapolitischen Verantwortung gerecht werden?

– Mehr auf Seite 4

Regionalplan OWL



Aktuell wird für Ostwestfalen-Lippe ein Regionalplan erarbeitet. Für Schlangen sind 2 Aussagen bedeutsam. Zunächst prognostiziert der Plan eine weitere Zunahme bei der Einwohnerzahl. Daraus folgt, dass die Kommune ein Potenzial von 46 ha für die Entwicklung von neuen Bauflächen ausweisen kann.

Für neue Gewerbegebiete werden der Gemeinde noch weitere 9 ha zugesprochen. Diese Flächen sind als Brutobau land zu verstehen. D.h.: die Fläche umfasst auch die notwendigen Straßen und die weitere Infrastruktur. Für Schlangen gibt es demnach Entwicklungspotenzial, wir begrüßen das und werden diesen Entwurf auch entsprechend unterstützen. Eine Stellungnahme hat der Rat am 25. März beschlossen.

Umwelt- und Klimaschutzpreis

Der Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe im Umweltschutz. Der Klimaschutz bedarf aber weiterhin einer Verstärkung in der Bevölkerung. Die Gemeindegremien möchten hierzu ihren Anteil beitragen. Der Umweltschutzpreis soll eine Würdigung von Engagement sein. Er soll zum Weitermachen und zum Nachmachen motivieren.

Die Gemeindegremien stiften dafür einen Umwelt- und Klimaschutzpreis. Die Anregung kam von der SPD.

Angesprochen sind Kinder, Jugendliche, Kitagruppen, Schulklassen, Jugendgruppen, die Vereine aus der Gemeinde Schlangen, ebenso können Privatpersonen teilnehmen.

Der Preis wird erstmalig 2022 verliehen.

Der Klimaschutzpreis ist mit einem Preisgeld von 1.000€ dotiert.

Der Aufsichtsrat entscheidet über die Preisvergabe.

Eine Aufteilung des Preisgeldes auf bis zu 4 Gewinnern ist möglich.

Ein „Kümmerer“ nach Berlin!

Ulrich Kros will sein Fachwissen als Tierarzt und seine Erfahrung aus dem Stadtrat in die Bundespolitik einbringen



Hallo Uli, was ist für Dich das wichtigste Wochenende in diesem Jahr?

(Lacht) Die Antwort auf diese Frage ist so absehbar wie die gleiche Frage an ein Kind in der Vorweihnachtszeit. Für mich ist es dieses Jahres natürlich das Wahlwochenende, wenn mit der Wahl des 20. Deutschen Bundestags ein harter engagierter Wahlkampf zu Ende geht. Darauf arbeiten wir in den nächsten Monaten hin und davon wird für mich und für meine Partei eine Menge abhängen!

Wie erlebst Du die Menschen in der Corona-Krise?

Wir alle sind verunsichert und die Politik in Berlin und Düsseldorf trägt zu dieser Verunsicherung oft noch einiges bei. Wir haben Gott sei Dank die Voraussetzungen, um die Pandemie vergleichsweise gut zu bekämpfen. Aber es fehlt der nötige Pragmatismus, um schnell und unbürokratisch zu handeln. Die Menschen wissen, dass wir noch einige Monate mit Einschränkungen leben müssen. Ich erlebe, dass viele sich eine klare Linie wünschen. Und keiner leere Versprechungen. Jetzt sind Politiker gefragt, die reinen Wein einschenken! Ich erlebe auch, dass die meisten ihren Teil dazu leisten, damit wir schnell aus dieser Krise kommen. Wir sind diszipliniert, können die Zähne zusammenbeißen!

Wie geht ihr in Nieheim mit den Sorgen und Nöten der Menschen um?

In Nieheim führen wir als Partei und Ratsfraktion seit eh und je einen guten, offenen Dialog mit den Bürgern. Wir sind nicht nur Kommunalpolitiker sondern in vielen anderen Ehrenämtern. Wir verstehen uns als Kümmerer.

Nun hast Du Dich dazu entschlossen, den Schritt von Nieheim nach Berlin zu wagen. Warum?

Ich mache schon seit mehr als einem Jahrzehnt engagierte Kommunalpolitik. Ich übernehme gern Verantwortung, arbeite mich gern in Sachverhalte ein und stehe in Nieheim, aber auch an meinem Arbeitsplatz für das ein, was ich für richtig halte! Ich will mit meinen Erfahrungen und Kompetenzen meinen Teil zum Gelingen einer gerechten Gesellschaft in unserem Land beitragen!

Du bist ja am Rande auch beruflich mit Corona und etwas intensiver mit der Geflügelpest in Ostwestfalen-Lippe beschäftigt. Was bewegt Dich da?

An Corona bewegt mich, wie tief diese Pandemie in unser aller Leben, in unsere Pläne, in unsere Freiheit eingreift. Zu viele Menschen sind an dieser Krankheit bis jetzt schon verstorben. Zu viele Kinder leiden daran, dass das „normale Leben“ plötzlich weg ist. Vielen bricht gerade die Existenz weg. Diese Pandemie ist allumfassend furchtbar. Fasst unbemerkt wütet bei Vögeln gerade das Geflügelpestvirus. Das hält mich als Tierarzt, als Vorstand des Veterinäruntersuchungsamtes natürlich in Atem. Und das Verenden von Wildvögeln und das nun tausendfach notwendige Töten von Geflügel lässt mich nicht kalt.

Nieheim liegt nicht weit von Lippe entfernt. Es ist eine Kleinstadt mit knapp 6.000 Einwohnern in zehn Ortsteilen. Was bewegt Euch dort im Stadtrat?

Es geht immer um ganz viel gleichzeitig! Zurzeit beschäftigen uns besonders Fragen zu erneuerbaren Energien. Im Stadtgebiet Nieheim geht es konkret um Pläne für weitere Windkraft-

anlagen und Freiflächenphotovoltaik. Auch im Hinblick auf die Gestaltung der neuen Mitte unserer Kernstadt, den Richterplatz gibt es noch einiges zu erörtern und zu entscheiden.

Wo siehst Du Deine Schwerpunkte im Bundestag?

Ich sehe meine Schwerpunkte bei der Klima- und Umweltpolitik, bei Fragen der Stärkung des ländlichen Raumes, aber auch der Landwirtschafts-, Verbraucherschutz- und Gesundheitspolitik.

Mindestens genauso wichtig wird mir aber sein, dass ich „die ständige Vertretung“ meines Wahlkreises in Berlin bin! Dafür schicken mich die Wähler*innen nach Berlin!

Wie kann so etwas gelingen?

Letzteres wird gelingen, weil ich hier in OWL verwurzelt bleibe und weil ich mir zu jeder sich bietenden Gelegenheit meine „Aufträge“ aus der Heimat holen werde. Die oben genannten Politikfelder, in denen ich Schwerpunkte sehe, brauchen Menschen, die ihre fachliche Expertise mitbringen. Hier bin ich selbstbewusst genug, um zu behaupten, dass man mich gut gebrauchen kann.

Letzte Frage: Worauf freust Du Dich am meisten, wenn die Pandemie überwunden ist?

Auf ein richtig schönes Fest mit meiner Familie und Freunden. Ich konnte meinen 50ten Geburtstag im letzten Jahr schon nicht so feiern wie ich wollte. Irgendwann werde ich alle Anlässe, die sich so angehäuft haben, zusammenpacken und mit einer tollen Party nachholen!

Elektromobilität

Dank staatlicher Förderung nimmt die Zahl der neu zugelassenen Elektroautos und Plug-in-Hybriden stark zu. Eine erfreuliche Entwicklung. Die Autoindustrie wird schneller als geplant, voll auf Elektroautos umsteigen.

Es fragt sich allerdings, ob die Ladeinfrastruktur mithalten kann. Bislang steigt die Zahl der neuen Elektroautos deutlicher stärker als die Zahl der Ladepunkte.

Experten sprechen davon, dass in den kommenden 5 Jahren eine Verzehnfachung der Ladeinfrastruktur notwendig sein wird.

Auch in Schlangen besteht Handlungsbedarf. Die Zahl der öffentlich zugänglichen Ladepunkte muss erhöht werden. Hierzu ist ein Konzept erforderlich, welches alle 3 Ortsteile berücksichtigt. Für Mieter stellt sich das Problem anders da als für die Bewohner von Eigenheimen. Weiterhin ist zu bedenken, dass MitarbeiterInnen,

wie z. B. in unseren KiTas und Schulen ihre Autos während der Arbeitszeit aufladen möchten. Für den Fortschritt in der Elektromobilität hat das Land entsprechende Förderprogramme aufgelegt.

Ein förderfähiges Umsetzungsberatungskonzept analysiert die Ist-Zustände und entwickelt eine Ladeinfrastruktur und die Rahmenbedingungen mit den voraussichtlichen Kosten. Anschließend besteht für unsere Gemeinde die Option durch einen weiteren Förderantrag Mittel für den Bau von öffentlich zugänglichen Ladestellen zu erhalten.

Hierüber kann entschieden werden, wenn ein Umsetzungs-konzept vorgelegt worden ist.



KAG

Kommunales Abgabengesetz

Im März 2020 hat der Landesgesetzgeber die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in NRW“ beschlossen.

Die Forderung nach einer kompletten Abschaffung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat die Landesregierung abgelehnt.

Die neue Richtlinie sieht vor, dass das Land die Hälfte der kommunalen Straßenausbaubeiträge übernimmt, die nach der Satzung der Gemeinde zu erheben ist.

Der Landeszuschuss wird gewährt, wenn er vorab beantragt worden ist. Hierzu ist ein beschlossenes Straßen- und Wegekonzept zwingend vorausgesetzt.

Die Entlastung der Anwohner von Straßen, die saniert werden,

ist insoweit ausgeblieben, als dass die vollständige Abschaffung keine Mehrheit im Landtag erhalten hat. Der Gesetzgeber hat allerdings Änderungen im KAG beschlossen. Positiv, die Anliegerbeiträge werden etwas reduziert.

Diese neue Regelung ist allerdings komplex und kompliziert.

Die Gemeinde ist verpflichtet ein Straßen- und Wegekonzept zu erarbeiten. Hier wird auf unser Straßenkataster zurückgegriffen werden können. Anliegerbeiträge können überhaupt nur dann eingefordert werden, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt. Vorhabenbezogen hat das Konzept lt. Ministerium zu beinhalten, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich Straßenerhaltungsmaßnahmen sinnvoll möglich sind.



„Ein erster Schritt in die richtige Richtung“

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer freut sich über erste Hilfen für Brauereien.

Kreis Lippe. Die Situation vieler mittelständischer Brauereien ist dramatisch, da ihnen in der Corona-Krise der Fassbierabsatz weggebrochen ist. Nun können Brauereien für ihre angeschlossenen Gaststätten Corona-Soforthilfe beantragen. „Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, freut sich der Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer aus Detmold.

Durch ausgefallene Veranstaltungen und geschlossene Restaurants bleiben viele Bierhersteller derzeit auf ihren Fassern sitzen. Dass trifft insbesondere die kleinen, regional verankerten Brauereien hart.

Um die örtlichen Bierbrauereien zu unterstützen und Arbeits-

plätze zu sichern, hatte die SPD im Landtag gefordert, die Mittelständler von der Biersteuer zu befreien. „Leider hat sich die CDU dazu bislang nur sehr zurückhaltend gezeigt“, bedauert Maelzer.

Parallel waren auch SPD-Bundestagsabgeordnete wie Achim Post aus Minden-Lübbecke in Berlin aktiv geworden – mit Erfolg. Unternehmen wie Brauereien mit eigenen Gaststätten können nun auch Corona-Soforthilfe beantragen.

„Das ist ein erstes gutes Zeichen. Wir werden auf Landesebene aber an unserer Forderung dranbleiben“, sagt Maelzer.

Vergiftetes Geldgeschenk des Landes

Die Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer fordern von der Landesregierung eine echte finanzielle Unterstützung für die Kommunen.

Kreis Lippe. Einbrechende Steuereinnahmen bei Bund und Land durch die Corona-Pandemie wirken sich auch auf die Finanzmittel für die Städte und Gemeinden in Lippe aus. Kurzfristig hat das Land die fehlende Summe der Kommunen in NRW zwar aufgestockt, langfristig bedeutet das allerdings neue Schulden in Millionenhöhe für die lippischen Städte und Gemeinden, kritisieren die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dennis Maelzer und Ellen Stock das Vorgehen.

„Viele Städte und Gemeinden haben eh schon mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie bekommen immer mehr Aufgaben von Land und Bund aufs Auge gedrückt, ohne dass diese ausreichend gegenfinanziert werden“, erklären Stock, Berghahn und Maelzer. Dies sei einer der Hauptgründe, warum so viele Kommunen in NRW tief in den roten Zahlen stecken. Denn die Steuereinnahmen, die ihnen zur Verfügung stehen bzw. die Zuweisungen, die sie vom Land bekommen, deckten in vielen

Fällen nicht die fixen Ausgaben der Städte und Gemeinden. Und die Pandemie dürfte diese Lage noch verschlimmern. „Welche Folgen allein die Corona-Krise für die Städte und Gemeinden haben wird, ist noch gar nicht abzusehen“, sagten die lippischen Landtagsabgeordneten. Doch anstatt den Kommunen finanziell zur Seite zu springen, geht die schwarz-gelbe Landesregierung einen anderen Weg.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 lediglich um ein Kreditvolumen in Höhe von rund 943 Millionen Euro erhöht. Diese Summe haben die Städte und Gemeinden somit zukünftig dem Land zurückzahlen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz ist generell geregelt, wie viele Gelder die Kommunen im Jahr vom Land erhalten. „Leider haben sich CDU und FDP dafür entschieden, den Kommunen ein vergiftetes Geschenk zu machen“, beschreiben die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dr. Dennis Maelzer

und Ellen Stock die Entscheidung des Landtags. „Anstatt den Kommunen die Steuerausfälle aus dem NRW-Rettungsschirm auszugleichen, bekommen sie lediglich neue Schulden aufgebürdet“, so Jürgen Berghahn weiter. Sie fordern „echtes Geld“ und keine Kredite.

„Konkret drücken CDU und FDP dem Kreis Lippe insgesamt über 14 Millionen Euro neue zusätzliche Schulden aufs Auge. Als SPD-Fraktion haben wir uns für echte Finanzhilfen und nicht für weitere Schulden ausgesprochen“, zeigt sich Jürgen Berghahn enttäuscht. Denn die finanziellen Folgen für Städte und Gemeinden könnten dramatisch sein. Im Schlimmsten Fall gehe eine angespannte Haushaltslage immer zulasten von sogenannten freiwilligen Leistungen einer Kommune. Dazu zählten etwa Angebote wie Büchereien, Schwimmbäder usw., was schlimmstenfalls reduziert oder wegfallen könnte. Daher bräuchten die Kommunen eine echte finanzielle Hilfe seitens des Landes NRW und keine

neuen Kredite, die sie abzuzahlen haben. Die lippischen Rathäuser müssten sich ja auch auf die Zeit nach Corona einstellen und die Finanzsituation sei dann vermutlich noch schlechter als heute.

„Der Rettungsschirm des Landes bietet dafür die rechtliche Grundlage und Möglichkeit. Die Landesregierung und die CDU/FDP-Mehrheit betätigen sich hingegen lieber als Schuldentreiber unserer Kommunen“, kommentiert er das Vorgehen. Ideen oder ein wirkliches Bemühen der Landesregierung, ihnen wirklich zu helfen, sei nicht zu erkennen. Auch für Städte und Gemeinden in Lippe hat das neue Gemeindefinanzierungsgesetz seine Auswirkungen. Die größten Schulden im Kreisgebiet werden Detmold mit mehr als 3,5 Millionen Euro, Bad Salzuffen mit 2,43 Millionen Euro und Lemgo mit 1,68 Millionen Euro aufgebürdet. In der Zukunft werden die Spielräume für die kommunalen Haushalte dadurch enger.



Beeindruckende Kinderwünsche

Landtagsabgeordnete Ellen Stock dankt Kindern fürs Mitmachen bei der Wunschstein-Aktion.

Kreis Lippe. Mehrere Kitas aus Bad Salzuffen, Lage und Leopoldshöhe hatten sich an der Wunschsteinaktion des Landtags beteiligt, zu dem die Abgeordnete Ellen Stock aufgerufen hatte. „Die Resonanz war super“, freute sich Stock, die die Steine in den Kindergärten abgeholt und mit nach Düsseldorf genommen hatte.

Mehr als 5000 bunt verzierte und mit Wünschen von Kindern aus ganz NRW sind nun dort am Landtagsgebäude am Rhein zu sehen – auch die aus Lippe. „Dort bleiben sie erst einmal liegen, bis

sie zu einem großen Kunstwerk verarbeitet werden“, berichtete Stock den Kitakindern, bei denen sie sich für ihr Mitmachen bedankt und einige Präsente vorbeigebracht hatte.

„Ich bin beeindruckt von den Wünschen der Kinder“, sagt Stock. Denn dort drauf standen weniger materielle, sondern eher vermeintlich einfache Dinge wie „Zeit haben“ oder „mit Mama und Papa spielen“ oder „fröhlich sein“. „Das gibt einem schon zu denken“, sagt Ellen Stock.

Einsatz für Streuobstwiese

Der SPD-Ortsverein Eichholz-Remmighausen und die Freie Waldorfschule pflegen die Streuobstwiese nahe dem einstigen Falkenkrug seit vielen Jahren mit Herz und Verstand

Die Stadtwerke Detmold hat das Areal im Jahr 2000 der SPD Eichholz-Remmighausen für 25 Jahre zur naturnahen Nutzung unentgeltlich überlassen. Der Ortsverein bewirtschaftet seitdem die Streuobstwiese und nutzt die Fläche zur steten Steigerung der nachhaltigen Lebensqualität und für familienfreundliche Feste in Spork-Eichholz. Der Ortsbürgermeister

Klaus Brand (SPD) hatte damals die Obstbäume noch eigenhändig mit eingepflanzt, Ratscherr Andreas Schmidt organisiert jedes Jahr auf der Wiese das beliebte „Streuobstfest“.

Die Freie Waldorfschule Lippe-Detmold vermittelt bewusst Erlebnisse in der Natur, versteht sie sich doch als integrativen Teil dessen. So wird ein Beitrag zur Artenvielfalt geleistet.

Schüler*innen aller Altersstufen erlangen durch die eigenen Aktivitäten ein Bewusstsein für das Ökosystem und den Funktionsweisen unserer natürlichen Lebensräume. Und so wurde das einzigartige Projekt der Zusammenarbeit dreier Partner*innen Wirklichkeit: Der SPD-Ortsverein übergibt die Streuobstwiese für Unterrichtszwecke der Waldorfschule. Die Stadtwerke unterstützen das Vorhaben, indem sie Erlöse aus dem Hermann-Enten-Verkauf wiederum für den Erhalt des von Menschenhand gestalteten Biotops einsetzen.

Didaktisch eignet sich der Einsatz für die Streuobstwiese hervorragend: in der Schule werden von den Schüler*innen Baumsetzlinge gezogen, die alsdann im Rahmen von Exkursionen auf der Streuobstwiese eingepflanzt werden.

Auch in diesem Jahr erhält die

Streuobstwiese einen „frischen Schnitt“ und neue Bäume. Mit dem jährlichen, fachgerecht ausgeführten Baumschnitt zum Aufbau eines langfristigen Kronengerüsts und dem Anpflanzen der Baumsetzlinge setzen die beteiligten Akteure ein deutliches Zeichen für gelebten Klimaschutz in Detmold.

Rechtzeitig vor dem Austrieb der Obstbäume wurde daher eine gemeinsame Aktion aller drei Partner*innen organisiert und erfolgreich durchgeführt: Anita Hentze, Gartenbaulehrerin der Freien Waldorfschule Lippe-Detmold, konnte neben mehreren Schüler*innen auch Tobias Focheler (Gartenbaumeister) für Rat und Tat gewinnen. Der gelernte Gartenbauer brachte wiederum neben seinem Team einen riesigen Häcksler mit.



SPD will mehr Polizei für Lippe

Intensiveres Vorgehen gegen Kriminalität ist Thema im Landtag.

Kreis Lippe. Zum zweiten Mal innerhalb von nur 1,5 Jahren haben Diebe einen Geldautomaten in Oerlinghausen gesprengt. Die Bekämpfung genau dieser Masche hat die SPD jetzt zum Thema im Landtag gemacht. „Unsere Forderung ist klar: mehr Personal und eine bessere Ausstattung für die Polizei“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Dennis Maelzer und Jürgen Berghahn.

Die Zahl der Geldautomatensprengungen hat im Jahr 2020 laut Landesregierung ein neues Rekordhoch von 176 Taten erreicht. Die Schäden gehen in die Millionen, berichtet Stock. Zurückbleiben nicht nur teils komplett zerstörte Räume und Gebäude, sondern auch verängstigte Anwohner. „Die Gefahr für

die Bevölkerung ist immens“, sagt Berghahn. „Die Diebe gehen leider immer skrupelloser vor“, erklärt Maelzer.

Um den Diebesbanden das Handwerk zu legen, fordert die SPD unter anderem eine bessere personelle und technische Ausstattung der Polizei. Dass sie insgesamt Verstärkung benötigt, ist auch das Ergebnis einer Großen Anfrage der SPD zur Lage der Polizei und der inneren Sicherheit in NRW. „Die Personalstärke der Polizei ist insbesondere in Lippe immer wieder ein großes Thema, da der Kreis die geringste Anzahl an Beamten in ganz NRW aufweist. Wir fordern die Verdoppelung der Zahl der Bezirksbeamten und damit mehr Zuweisungen für Lippe“, machen Stock, Maelzer und Berghahn klar.

Ja zur Begatalbahn – Nein zur neuen ICE-Trasse

Der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn will die Mobilität vor Ort stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben.

Kreis Lippe. Der geplante Neubau der ICE-Trasse Bielefeld/Hannover, die auch durch Lippe führen soll, erhitzt die Gemüter. In der Region formiert sich Widerstand. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn steht einer milliardenschweren Neubaustrecke skeptisch gegenüber.

Zankapfel ist das Vorhaben der Deutschen Bahn, die ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover komplett neu zu bauen und damit 31 Minuten an Zeit einsparen zu können. Anlieger und Betroffene befürchten dadurch aber große Auswirkungen auf die Umwelt sowie eine neue Bahntrasse, die sich wie ein Schnitt durch die Landschaft zieht. „Für mich steht fest: Verkehrswende ja – aber nicht auf Kosten der Umwelt und

der Menschen in Bad Salzuffen und Kalletal“, macht Jürgen Berghahn klar.

Der Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidat für den Wahlkreis Lippe I gehört auch dem sogenannten Bahnplenum an. Um Konflikte zu erörtern und um Lösungen auszuloten, wurde dieses gegründet. Von der DB sind 5 Trassenvarianten vorgestellt worden. Durch den Druck aus der Region wird jetzt noch eine trassennahe Variante mit einbezogen. Sollte die DB und das Planungsbüro an dem „Deutschlandtakt“ und dem Ziel, eine Zeiteinsparung von 31 Minuten zu erreichen, festhalten, wird es massive Eingriffe in das Landschaftsbild Lippes geben.

„Generell befürworte ich den

Ausbau des Schienenverkehrs. Doch anstatt eine milliardenteure ICE-Trassen zwischen Bielefeld und Hannover neu zu bauen, sollte man lieber die Bestandstrasse ausbauen und ertüchtigen. Regionale Verkehrsprojekte und somit die Mobilität auf dem Land fördern“, sagt Berghahn. Dazu zählt beispielsweise die Reaktivierung der Begatalbahn zwischen Barntrup und Lemgo, für die sich Berghahn seit Jahren stark macht und die Ertüchtigung der bestehenden Regionalstrecken. Derzeit läuft eine Voruntersuchung, unter welchen Bedingungen die Strecke der Begatalbahn wiederbelebt werden kann. Das Ergebnis könnte im Sommer vorliegen. „Die ersten Signale sind positiv“, sagt Berghahn.



Flaute für die Windkraft

Jürgen Berghahn kritisiert den geplanten 1000-Meter-Mindestabstand beim Ausbau der Windenergie.



Kreis Lippe. Die Landesregierung plant ein Gesetz, mit dem beim Neubau von Windrädern ein Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohnhäusern festgeschrieben werden soll. Welche Auswirkungen das auf die Planungen sowie die Erneuerung – das sogenannte Repowering – von Windkraftanlagen in Lippe hätte, wollte der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen. „Die Antwort ist ernüchternd“, erklärt Berghahn.

Anstatt auf konkrete Planungen in Lippe einzugehen, verwies die Landesregierung in ihrer

Antwort lediglich auf die Überarbeitung der Potenzialstudie Windenergie aus dem Jahre 2012, die derzeit durchgeführt werde.

„Mit keinem Wort wird auf mögliche Folgen eingegangen. Bei mir verfestigt sich daher der Eindruck, dass mit der 1000-Meter-Abstandsregel die Windkraft weiter beschnitten werden soll anstatt für einen notwendigen Ausbau zu sorgen, bei dem die verschiedenen Interessen wie Naturschutz, Energieausbau und die der Anwohner und Anlieger berücksichtigt werden“, ärgert sich Berghahn. Auch in Lippe sei die Verunsicherung groß, was der Mindestabstand für laufende

Flächenplanung für Windenergie, den Neubau und das Repowering von Windrädern bedeuten könnte.

In Lippe geht etwa bis 2025 bei 53 Windrädern die technische Lebensdauer von 20 Jahren zu Ende, sodass ein Repowering nötig wird. „Hier wird ein Gesetz auf den Weg gebracht, ohne die Auswirkungen zu kennen“, kritisiert Berghahn. „Ich lehne die Abstandsregel der Landesregierung ab. Stattdessen schlagen wir einen Flächendeckel vor, um den Windkraftausbau dort zu begrenzen, wo der Ausbau bereits weit fortgeschritten ist“, sagt Berghahn.

Mit über 500 Millionen in die Zukunft Lippes

Der Kreistag beschließt Haushalt mit Investitionen im Bereich Mobilität, Digitales, Gesundheit und kommunalen Klimaschutz. Die SPD hat aktiv mitgestaltet.

Nach der Kommunalwahl schauten viele auf das Kreishaus. Würde der neue Kreistag die notwendigen Beschlüsse für die Weiterentwicklung Lippes hinbekommen? Werden die wichtigsten Zukunftsfragen angegangen? Die Antworten musste der Haushalt für dieses Jahr geben. Der Kreishaushalt ist verabschiedet und stellt die Grundlage dar, dass der Kreis Lippe sich den Herausforderungen stellen kann. Das ist ein guter Anfang.

„Lassen Sie uns jetzt die Zeit nutzen, Lippe für die Zeit nach Corona zukunftsfähig aufzustellen. Lassen Sie uns gemeinsam die Themen des Zukunftskonzeptes Lippe 2025 voranbringen. Lassen Sie uns gemeinsam Aufgaben im Bereich Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit, Klima- und Artenschutz, Arbeit, Bildung und Kinderschutz anpacken“, sagte Lippes Landrat Axel Lehmann am Ende seiner Haushaltsrede, für die er viel Applaus bekam.

Die Kreistagsmitglieder von SPD und Grünen haben in den

letzten Wochen in intensiven Beratungen – natürlich immer und den Corona-Schutzregeln weitere Ideen und Initiativen eingebracht. Eine davon ist die Entwicklung einer kreisweiten Sozialraumplanung. „Wir wollen mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort rechtzeitig darüber beraten, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um auf Veränderungen vorbereitet zu sein. Das können Maßnahmen für ältere Menschen, für vorschulische Bildung, aber auch für Freizeitgestaltung sein“, erklärt die Vorsitzende des Sozialausschusses, Marianne Rautenberg (SPD).

Aber auch die gesundheitliche Versorgung steht im Mittelpunkt. „Wir investieren weiterhin in Personal, bauliche Substanz und medizinische Ausstattung, um Vorreiter für die Gesundheitsregion Lippe zu sein. Durch die Medizinische Fakultät und eine neue Pflegeschule ist es Ziel, viele neue Mediziner und qualifizierte Pflegekräfte an die Region zu binden“, betont Landrat Lehmann.

Auch die Anstrengungen für

einen kommunalen Klimaschutz finden sich in dem Zahlenwerk wieder. Die Klimaerlebniswelt Oerlinghausen wird als bundesweit erste erlebnispädagogische Einrichtung zu diesem Thema geplant. Mit dem Ziel, die drängenden Fragen der Anpassung an den Klimawandel aufzuzeigen und zu beantworten. Denn Hitze oder Dürre stellen Natur, Wohnen und Gesundheit vor große Herausforderungen. Das Projekt macht den Klimawandel hautnah erfahrbar und stellt Strategien vor, um darauf zu reagieren.

„Der Öffentliche Personennahverkehr ist durch Corona stark gebeutelt. Wir wollen aber auch weiterhin einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr haben. Dieser muss bezahlbar und attraktiv sein. Ferner wollen wir in Lippe weniger Treibhausgase produzieren“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Henning Welslau, abschließen

Kinder sollen mitbestimmen

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer will eine Strategie, um Familien eine Perspektive aus der Corona-Krise zu ermöglichen.



Kreis Lippe. Geschlossene oder nur eingeschränkt geöffnete Kitas, keine Sport-, Jugend- oder Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche oder durch Homeoffice, Betreuung und Homeschooling gestresste Eltern: Was Familien seit einem Jahr in der Corona-Krise abverlangt wur-

de und wird, ist immens. Und trotzdem hat die Landesregierung immer noch keinen blassen Schimmer davon, wie sie jungen Menschen und Eltern eine Perspektive aus der Krise aufzeigen kann. „Höchste Zeit, dass sich das ändert“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer.

„Für die Unterstützung von Familien ist in der Pandemie bislang zu wenig getan worden“, stellt Maelzer fest, der zugleich familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Konkret fordert die SPD in einem Antrag, dass bei weiteren Öffnungsschritten die Angebote für Kinder und Jugendliche ganz oben auf der Liste stehen müssen. „Dabei geht es vor allem um außerschulische Angebote etwa im Verein oder in Jugendzentren“, erklärt Maelzer. Aus Mitteln des Corona-Rettungsschirms sollten nach der Pandemie Angebote der Familienbildung sowie ein Jahr die Mitgliedschaft in einem Sportverein finanziert werden.

Ein weiterer, sehr wichtiger Aspekt ist die Meinung der Kinder und Jugendlichen: „Wir wollen ihnen eine Stimme geben, das ist bisher nicht geschehen“, sagt Maelzer. Deshalb fordert die SPD,

einen Kinder- und Jugendgipfel einzuberufen.

Für wichtig hält er auch, dass Kinder und Jugendliche in die Teststrategie mit einbezogen werden. „Bisher lehnt das Land NRW das ab. Dabei gibt es kindgerechte Möglichkeiten wie den Spucktests“, sagt der Familienexperte aus Detmold.

„Familien brauchen Unterstützung und Entlastung – und deshalb müssen ihnen während der Pandemie auch die Gebühren für OGS und Kitas erlassen und vom Land übernommen werden“, stellt Maelzer klar. Bisher weigert sich das Land immer wieder, die Kosten dafür trotz eingeschränkter Betriebs zu übernehmen.

Corona-Krise: Gesundheitsamt Lippe setzt auf eigene Software

Ellen Stock lobt bei einem Besuch die vielschichtige Arbeit des 300-köpfigen Teams

Kreis Lippe. Die Erfassung von positiven Corona-Tests, die komplizierte Kontaktnachverfolgung, die Koordination von Quarantänemaßnahmen oder die Information der Bürger*innen: Das Gesundheitsamt des Kreises Lippe übernimmt in der Pandemie wichtige und vielschichtige Aufgaben. „Was hier seit einem Jahr geleistet wird, ist bemerkenswert“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock.

Bei einem Besuch durfte sie dem in der Corona-Krise auf 300 Köpfe angewachsenen Team über die Schulter schauen. Bei der Bewältigung der Coronakrise hat der Kreis Lippe frühzeitig auf digitale Technik gesetzt und im eigenen Haus eine Software

entwickeln lassen. „Die ist eine große Hilfe, das wurde bei meinem Besuch immer wieder betont. Und deshalb möchten sie das bewährte Programm zurzeit auch nicht durch die „Sormas“-Software ersetzen, die das Land den Gesundheitsämtern in NRW an die Hand geben will“, erklärt die Abgeordnete. Stattdessen befürwortet das Team eine vom Land zu schaffende Schnittstelle, um Daten schneller austauschen zu können. Ob das möglich ist und wie es um die Einführung von „Sormas“ in NRW steht, wollen Stock und ihre Kollegen Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer in einer Kleinen Anfrage von der Regierung wissen. Die Antwort steht noch aus.

10 Jahre Partnerschaft mit Stezyca

Nach der Partnerschaft mit dem finnischen Viitasaari wurde 2011 dies auch mit einer polnischen Kommune realisiert.

Am 09. Juli 2011 haben die Bürgermeister Tomasz Brzoskowski (Stezyca) und Ulrich Knorr (Schlangen) die Partnerschaftsurkunde unterschrieben. Vor der offiziellen Partnerschaft hatte es durch den Schützenverein Kohlstädt schon Kontakte nach Szymbark, einem Ortteil von Stezyca gegeben. Nachdem sich die Kommunen ein wenig „beschnuppert“ hatten, trafen die jeweiligen Gemeinderäte den Beschluss zu einer Partnerschaft, in Schlangen wurde der

Beschluss am 14. April 2011 gefasst.

Seitdem hat es verschiedene Begegnungen, insbesondere durch den Schützenverein Kohlstädt, die Freiwillige Feuerwehr Schlangen wie auch etliche private Kontakte, gegeben. Hervorzuheben ist die Feier zum 90jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Stezyca, an dem die Freiwillige Feuerwehr Schlangen mit einer großen Abordnung teilgenommen hat. Besuch hatten wir in

Schlangen zu unseren Feierlichkeiten zu 1000 Jahre Schlangen. Dies zusammen mit den „Lipertagen“, welche 2015 letztendlich stattgefunden haben. Eine große Gruppe von Menschen, Tänzerinnen und Musiker, haben zusammen mit ihrem Bürgermeister, unsere Jubiläumsfeier bereichert.



Wir gratulieren!

Ernst Schäferjohann, der langjährige Bürgermeister, feierte 90. Geburtstag

Schon sehr früh hat er sich ehrenamtlich in der Ratsarbeit und in der Feuerwehr für die Mitbürgerinnen und Mitbürger engagiert. Bereits 1960 wurde er in direkter Wahl Mitglied des Rates der Gemeinde Schlangen. Der Wiedereinzug in den Rat erfolgte 1970, das Mandat, das er bis 1996 wahrnahm. Die Krönung seines kommunalpolitischen Einsatzes war dann sicher die Arbeit als Bürgermeister, das Amt, in das er 1970 gewählt wurde und dass er bis ins Jahr 1989 erfolgreich und mit hoher Anerkennung ausübte.

Diese Jahre waren geprägt von großen Veränderungen für die gesamte Gemeinde. Es begann 1974 mit dem Verlust der Eigenständigkeit der Ortschaften Kohlstädt und Oesterholz-Haustenbeck und deren Eingliederung in die Großgemeinde Schlangen. Für die Ratsarbeit verlangte das ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl, verbunden mit Gradlinigkeit und Konsequenz.

Aber auch viele Baumaßnahmen und die Verbesserung der Infrastruktur verbinden sich mit dem Namen Ernst Schäfer-



johann. Mit der Ausweisung von Baugebieten und der Erweiterung des Gewerbegebietes wurden weitere wichtige Grundlagen für die positive Entwicklung der Gemeinde Schlangen gelegt.

Die Liste ist nicht vollständig und steht daher nur stellvertretend für den hohen Arbeitsein-

satz, den Ernst Schäferjohann geleistet hat, und das als ehrenamtlicher Bürgermeister.

Und doch blieb noch Zeit für die Freiwillige Feuerwehr, die er von 1970 bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister als Wehrführer leitete und die bis heute ein Herzensanliegen geblieben ist.

Perspektiven für Schlangen

„Wir müssen anders über den Klimawandel sprechen und entschlossener handeln“, Markus Söder

Es ist sicherlich überraschend, wenn ein Text im „Blickpunkt“ mit einem Zitat des bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder beginnt.

Der sagte in einem Interview mit der „Zeit“ (11.2.2021):

„Wir müssen anders über den Klimawandel sprechen und entschlossener handeln. Der Klimawandel wird Deutschland härter treffen, als die meisten denken.“ Dieser Aussagen kann man nur zustimmen. Nun, jetzt beginnt aber auch das Nachdenken darüber, was ist denn unter „entschlossener handeln“ zu verstehen.

Wissenschaftler und der Forscher machen im Bereich Klimawandel klare Aussagen.

Eine Gruppe von Energiesystemforschern hat vorgeschlagen, dass bis 2030 Strom ausschließlich aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden soll, gemeint sind Wind und Sonne. Sie bewerten das Ziel, die CO₂ Immissionen bis 2030 europaweit um 55% zu senken, als zu wenig ambitioniert.

Sie machen sich Sorge, Sorge

darüber, dass die sogenannten Kippunkte, die irreversible Veränderungen das Klimas zur Folge haben können schon bald überschritten werden können.

Ein Beispiel, so könnte recht bald ein Kippunkt dazu führen, dass der komplette Eisschild von Grönland abtaut, das also nicht mehr zu stoppen ist.

Was halten sie dagegen? Sie sind der Überzeugung, dass die Transformation zu 100% erneuerbaren Energien bis 2030 zu schaffen ist. Im ersten Halbjahr 2020 wurden rund 50% des Strombedarfs durch Wind und Sonne gedeckt. Die noch fehlenden 50% können, wenn man das will, produziert werden.

Photovoltaik und Windenergie müssten dann massiv ausgebaut werden. Ist das realistisch?

Die Fragen von „Fridays for Future“ sind berechtigt. Sie werden uns fragen, was habt ihr getan, um den Klimawandel zu stoppen, zu verhindern, zumindest die Folgen zu dämpfen? Wir wollen, dass die CO₂-Emissionen – für die die Kommune zuständig ist – vorrangig ge-

senkt werden, um dem Klimaschutz in der Gemeinde Genüge zu tun. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Hierzu werden beträchtliche Investitionen notwendig sein. Das ist aber unumgänglich und bedarf einer vorausschauenden Planung. Der Planungshorizont geht auch – das muss deutlich gesagt werden – über die laufende Legislaturperiode hinaus. Die EU, Bundes- und Landesregierung haben weitreichende Beschlüsse gefasst, die eben auch in unserer Kommune umgesetzt werden müssen. Wir erwarten diesbezüglich auch die entsprechende finanzielle Unterstützung.

Aus dieser Übersicht wird sichtbar, dass alle Akteure in der Kommune betroffen sind. Nur gemeinsam, mit den Bürgerinnen und Bürgern, kann die große Herausforderung bewältigt werden. Sind wir in Schlangen bereit, in unserem Rahmen dafür zu sorgen, Wind- und Sonnenenergie weiter auszubauen?

Wir sagen dazu: JA!

Bauen in Schlangen

Baulandentwicklung ist nur mit einem starken Partner realisierbar. Hier betrachten wir NRW Urban als gute Option.

Dem Rat ist das Gutachten „Räumliches Gemeindeentwicklungskonzept“ zugeleitet worden. Das Gutachten weist für alle 3 Ortsteile größere Entwicklungspotenziale für das Wohnen auf. Wir wollen neues Bauland erschließen, da die Gemeinde aktuell über keine Flächen dieser Art verfügt. Weitergehende Anträge werden wir im kommenden Jahr vorlegen.

Für die Umsetzung dieses Arbeitsauftrags ist unsere Verwaltung personell nicht ausgestattet ist.

„NRW.URBAN ist ein erfahrener und zuverlässiger Partner in der Stadtentwicklung. Als hundertprozentiges Beteiligungs-

unternehmen des Landes Nordrhein-Westfalen setzt NRW.URBAN Arbeitsschwerpunkte in der Flächenentwicklung für Wohnen, Industrie und Gewerbe sowie für komplexe städtebauliche Vorhaben.“

Wir möchten keine Zeit verlieren und deshalb sollten unverzüglich Gespräche mit NRW.URBAN aufgenommen werden. Hierzu ist NRW.URBAN gegründet worden, sie stünde als „Entwicklungsgesellschaft auf Zeit“ der Gemeinde zur Seite. Sie erwirbt die Grundstücke, sichert die Finanzierung, plant und baut, betreibt die Vermarktung stellt das gesamte Projektmanagement sicher.

Windräder an der Gauseköte

Der Antrag des Prinzen zu Lippe kommt zu einem – für den Prinzen – optimalen Zeitpunkt.

Schlangen verfügt über keinen Flächennutzungsplan, der die Anlage von Windrädern konzentriert. Der Windenergieerlass der schwarz-gelben Landesregierung vom 22.5.2018 sieht vor, dass unter bestimmten Voraussetzungen Windräder im Wald erlaubt sind. Wer jetzt, mal wieder über die Gauseköte gefahren ist, der musste sehen, in welchem Maß sich der Wald dort verändert hat, er existiert dort als „Todwald“. Ganz eindeutig eine Folge des Klimawandels, der also stark in unsere bekannten Wunschbilder eines Waldes eingreift und diesen massiv verändert. Windenergie ist eine

Maßnahme, diesen rapiden Klimawandel einzudämmen. Um CO₂ zu vermeiden benötigen wir Sonnen- und Windenergie.

Inzwischen hat unser Planer für den neuen FNP Aussagen gemacht. Er hat eine Kulisse von 199,6 ha vorgestellt. Das wären 12,5 % der Fläche, die der Anforderung, substanzial Raum vorzuhalten, Rechnung tragen würde. Wie die Gemeinde nun verfahren wird, bleibt den weiteren Diskussionen zunächst vorbehalten.

Spielplatz Kohlstädt

Die SPD will im Haushalt Geld bereitstellen, um Spielplatz in Kohlstädt attraktiv zu gestalten.

Seit Jahren erfreut sich der Spielplatz an der Bergstraße in Kohlstädt bei Kindern und ihren Eltern großer Beliebtheit.

Die angebotenen Spielgeräte sind in einem guten Pflegezustand, stammen aber aus einer Zeit, in der Metall das vorherrschende Material war. Heute gibt es eine Vielzahl von Holzspielgeräten, die die Kreativität der Kinder anregen und eine Fülle von Spielmöglichkeiten anbieten, wie zu Beispiel ein Holzhaus mit unterschiedlichen Ebenen, Stegen, Leitern und Treppen.

Zusätzlich zum Spielplatz an der Bergstraße sollte nach anderen Standorten in Kohlstädt gesucht werden. Eine Standort könnte das Gelände der ehemaligen Schule sein, das gut erreichbar ist und das wegen seiner Größe viele Möglichkeiten bietet.

In den Haushaltsberatungen wird sich die SPD dafür einsetzen im Rahmen des entsprechenden Ansatzes Gelder in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, damit die notwendigen Planungen und Arbeiten zügig beginnen können.



Herausgeber: SPD Ortsverein Schlangen
Parkstraße 21, 33189 Schlangen
Verantwortlich: Heinz Kriete
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

